

Baden-Württemberg bündelt Kräfte

[30.09.2020] Mit einer neuen Cybersicherheitsagentur sowie einer Cyberwehr will sich Baden-Württemberg besser gegen Angriffe aus dem Internet schützen. Die neue Agentur soll relevante Akteure vernetzen und die aktuelle Lage im Blick behalten. Im Falle eines Angriffs kommt die Cyberwehr zur Hilfe.

Mit gebündelten Kräften will Baden-Württemberg die Cyber-Sicherheit im Land stärken. Wie das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration mitteilt, hat das Kabinett dazu nicht nur ein Gesetz zur Verbesserung der Cyber-Sicherheit, sondern auch Eckpunkte für eine Cybersicherheitsstrategie zur Anhörung freigegeben. Kernstück der Cybersicherheitsstrategie sei eine Cybersicherheitsagentur. Als eigene Landesoberbehörde soll sie mit einer Aufbauphase Anfang 2021 ihre Arbeit aufnehmen und Akteure der Cyber-Sicherheit vernetzen. Die Agentur soll Daten zur aktuellen Cybersicherheitslage und zu Angriffsszenarien im Land sammeln, dokumentieren und auswerten. Anhand der gesammelten Informationen erstelle sie dann ein landesweites Lagebild, das sie zielgruppenorientiert weitergebe und bei Bedarf durch Warnungen ergänze. Außerdem soll sie Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zum Thema Cyber-Sicherheit sensibilisieren und mit Beratung konkrete Hilfeleistung bieten. Ferner agiere sie über die Landesgrenzen hinaus als Ansprechpartner für Akteure der Cyber-Sicherheit im Bund, in der Europäischen Union sowie darüber hinaus international.

Cyberwehr hilft

„Mit der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche steigt die Gefahr von Cyber-Angriffen“, sagt der stellvertretende Ministerpräsident und Digitalisierungsminister Thomas Strobl. „Und diese können erhebliche Schäden anrichten, Unternehmen und Verwaltungen lahmlegen oder den unerlaubten Zugriff auf sensible Daten ermöglichen. Wir brauchen deshalb dringend eine übersichtliche und schlagkräftige Cybersicherheitsarchitektur. Durch die Bündelung aller Kräfte und den ganzheitlichen Ansatz unserer Cybersicherheitsstrategie können die aktuellen und künftigen Herausforderungen, Bedrohungs- und Gefährdungslagen besser bewältigt werden.“ Wie das Innenministerium mitteilt, stellt das Land für die Erhöhung der Cyber-Sicherheit Mittel in Höhe von insgesamt 13 Millionen Euro im Staatshaushalt 2020/2021 zur Verfügung. Für die Cybersicherheitsagentur habe der Gesetzgeber insgesamt 83 Stellen genehmigt.

Laut Ministerium wird auch die so genannte Cyberwehr Teil der baden-württembergischen Cybersicherheitsarchitektur. Gestartet als Pilotprojekt in der Region Karlsruhe bieten die Experten der Cyberwehr seit September 2020 landesweit allen Unternehmen bei einem Angriff praktische Hilfe. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration fördert das erfolgreiche Projekt laut eigenen Angaben auch in der jetzt anlaufenden zweiten Förderphase.

(ve)